

91. FDP- Landesparteitag, 2.- 3. September 2011

Beschluss

Die demografischen Herausforderungen annehmen

Die demografischen Herausforderungen

Die Bevölkerung Deutschlands wird innerhalb der nächsten 25 Jahre bis 2035 von knapp 82 Mio. auf voraussichtlich 75 Mio. Menschen abnehmen. Der Anteil der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, wird sich im gleichen Zeitraum von 21% auf 31% der Bevölkerung erhöhen. Und diese Trends werden sich in den weiteren Jahrzehnten noch fortsetzen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind die Erhöhung der Lebenserwartung und das Absinken der durchschnittlichen Geburtenziffer je Frau seit den 1970er Jahren von über 2,1 (Reproduktionsniveau) auf nur noch 1,3. Auch ein Anstieg der Geburtenziffer würde die Alterung der Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten nicht bremsen können. Ebenso unrealistisch ist ein Ausgleich der Bevölkerungsabnahme durch eine Zuwanderung aus dem Ausland.

Wir müssen die Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen, der bereits spürbar eingesetzt hat. Die größten Herausforderungen des demografischen Wandels sind:

1. **Die Belastung der Sozialsysteme:** Das Absinken der Anzahl der Erwerbspersonen (20 bis 64 Jahre) je Altem (ab 65) von heute ca. 2,9 auf nur noch ca. 1,6 in 2035 mit der Belastung des Altersrentensystems und der Altenpflege sowie der überproportionalen Belastung des Gesundheitssystems durch den erhöhten Anteil alter Menschen.
2. **Die Altersgerechtigkeit der Gesellschaft:** Die besondere Anforderungen alter Menschen an Wohnen, Mobilität, Pflege, Gesundheit, soziale Teilnahme u.a.m., denen die Gesellschaft gerecht werden muss. Die Politik muss die Voraussetzungen für die Bereitstellung ausreichender altersgerechter Angebote schaffen.
3. **Die Alterung der Erwerbsbevölkerung:** Die Veränderung der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung mit bereits eingetretenen Nachwuchsproblemen und mit einem Anstieg des Anteils älterer Erwerbstätiger (ab 50 Jahre) von bisher um 23% auf 35% und den Konsequenzen für die Qualifikationsanforderungen und für die Arbeitswelt.
4. **Die Integration von Immigranten:** Die Spreizung der Geburtenziffer zwischen der autochthon deutschen Bevölkerung von 1,2 und der Immigrantenbevölkerung von 1,9 mit den Konsequenzen für Bildung, Integration und soziale Sicherung sowie die Wirkungen einer verstärkten Zuwanderung zum Ausgleich des Bevölkerungsrückganges.
5. **Die Entleerung von Regionen:** Die regionalpolitischen Herausforderungen infolge des Bevölkerungsrückganges in weiten Teilen des Landes, insbesondere in den neuen Bundesländern, und der Binnenwanderung in wirtschaftlich attraktive Ballungsräume fordern Konsequenzen für die Anpassung der öffentlichen Infrastruktur. Hinzu kommen die demografisch bedingten Strukturveränderungen des Wohnungsbedarfs.

Liberalen Antworten auf die demografischen Herausforderungen

1. Die Sozialsysteme durch mehr Beschäftigung sichern

Der erhöhten Alterslast der Erwerbsbevölkerung und dem Verteilungskonflikt zwischen den Generationen kann nur durch eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit begegnet werden. Eine Erhöhung der Alterslasten bedeutet wegen der erhöhten volkswirtschaftlichen Kosten auch eine Benachteiligung im internationalen Wettbewerb. Die Ausweitung der Beschäftigung ist sowohl ein Gebot des sozialen Friedens als auch der Sicherung unseres Wohlstandes:

- **Das Leben eigenverantwortlich Gestalten: Länger Arbeiten**

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Deutschland liegt im europäischen Mittelfeld; es ist keine Konstante, sondern in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Ältere Erwerbstätige haben Fähigkeiten, die für die Arbeitswelt der Informationsgesellschaft günstig sind. Die Anzahl der Jahre ohne gesundheitliche Einschränkung steigt schneller als die Lebenserwartung. Die Lebensarbeitszeit kann in altersgerechter Weise noch ausgeweitet werden.

Die Politik muss die Vielfalt ihrer Instrumente einsetzen, um die Lebensarbeitszeit auszuweiten. Dazu gehören renten- und steuerrechtliche Anreize, arbeitsmarktpolitische Instrumente, Anreize für Unternehmen und das Arbeitsrecht. Hinzu kommen tarifvertragliche und betriebliche Regelungen sowie Arbeitszeitvereinbarungen, die ein System aus Anreizen, altersgerechten Arbeitsbedingungen und Qualifikationsangeboten ergänzen.

Wir müssen umdenken: Es ist gut, wenn längeres Arbeiten und die eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens möglich sind. Arbeit ist eine Form der Selbstverwirklichung und der sozialen Teilnahme. Und: Ältere Erwerbstätige sind produktiv; sie können einen wertvollen, unverzichtbaren Beitrag zum Wohlstand leisten.

- **Die Stellung der Frauen in der Arbeitswelt stärken**

Die Frauenerwerbsquote in Deutschland liegt im europäischen Mittelfeld. Der Wunsch vieler Frauen wird nicht erfüllt, so arbeiten zu können, dass Beruf und Familie vereinbar sind. Gerade das Potential beruflich qualifizierter Frauen wird so nicht genutzt.

Die Rückkehr von Müttern in den Beruf, Teilzeitarbeit und Telearbeit sind gerade auch in qualifizierten Positionen zu erleichtern. Die Kinderbetreuung ist weiter zu verbessern. Das bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Politik, Wirtschaft, freien Trägern und privater Initiative. Liberale geben einer Politik von Anreizen und Förderungen den Vorzug vor bevormundenden Regulierungen, die in der Regel auch ihren Zweck nicht erreichen.

Die Angebote der Kinderbetreuung können in einer alternden Gesellschaft durch ältere Menschen sinnvoll ergänzt werden. Hier sind auf unbürokratische Weise neue Angebote zu entwickeln. So wird älteren Menschen eine altersgerechte und sinnerfüllte Beschäftigung geboten und berufstätigen Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert.

- **Die erzieherische Verantwortung: Fördern und Fordern**

Arbeitslosigkeit ist in der technisierten Informationsgesellschaft vorrangig ein Problem unqualifizierter Kräfte. Es ist nicht akzeptabel, dass junge Menschen keinen Schulabschluss oder keine Berufsausbildung erlangen und so in eine Spirale von Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit geraten. Die Gesellschaft hat gegenüber ihren Jugendlichen und Heranwachsenden eine erzieherische Verantwortung. Dazu gehören sowohl Förderung als auch Forderung. Qualifikations- und Förderanstrengungen für benachteiligte junge Menschen sind eine lohnende Investition. Wir können es uns in einer alternden Gesellschaft nicht leisten, dieses Potential nicht auszuschöpfen.

Wir brauchen auch ein Bildungssystem, das unnötig lange Ausbildungszeiten vermeidet. Dazu gehören das 8-jährige Gymnasium, berufsqualifizierende Bachelor-Abschlüsse, Abstimmung von Bachelor- und Master-Studiengängen und weniger Mehrfachausbildungen.

2. Altersgerechtigkeit stärken – Alterseinkommen sichern

Mit dem Anstieg des relativen Anteils sowie der absoluten Anzahl alter Menschen wird sich die Bedeutung altersgerechter Angebote erhöhen. Das betrifft Wohnen, Gesundheit, Pflege und Betreuung, soziale Teilnahme und sinnerfüllte Beschäftigung, Mobilität, Freizeit u.a.m.

- **Marktwirtschaftliche Angebote ermöglichen:** Ein großer Teil dieser Nachfrage wird durch marktwirtschaftliche Angebote befriedigt werden. Die Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen diese Angebote ausreichend bereitgestellt werden. Hier ist in besonderem Maße die Kommunalpolitik gefordert.
- **Selbstbestimmung und Alterseinkommen sichern:** Es entspricht liberaler Politik, alte Menschen nicht zu bevormunden, sondern ihren Einfluss auf die Bereitstellung altersgerechter Angebote zu stärken. Der Schlüssel zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung alter Menschen ist die Sicherung möglichst hoher Alterseinkommen. Durch eigene kaufkräftige Nachfrage können sich alte Menschen Einfluss und Kontrolle sichern. Das bedeutet für liberale Politik, alten Menschen eher die Verfügung über höhere Einkommen zu lassen als ihnen durch Steuern und Sozialbeiträge finanzierte Angebote vorzugeben.
- **Private Altersvorsorge und längere Erwerbsmöglichkeit:** Die private Altersvorsorge mit privatem Kapitalaufbau ist als Ergänzung zum öffentlichen Rentenversicherungssystem weiter zu fördern. Die Notwendigkeit der längeren Erwerbstätigkeit im Alter sichert die Sozialsysteme und Alterseinkommen und liegt damit im Sinne der Selbstbestimmung alter Menschen in deren eigenem Interesse. Die Rentengrenzen sollen aufgehoben werden, damit eine Verlängerung der Anstellung auf Grundlage der Freiwilligkeit seitens des Arbeitnehmers und -gebers möglich ist.
- **Altersgerechter Verbraucherschutz:** Die Stärkung der Eigenverantwortung alter Menschen muss in einem Rechtsstaat von einem altersgerechten Verbraucherschutz flankiert werden. Auch das dient der Stärkung der Position alter Menschen und ist angesichts von Erfahrungen mit unlauteren Praktiken erforderlich.
- **Vereinbarkeit von Altenpflege und Beruf stärken:** Die private Altenpflege durch Angehörige ist eine wichtige Ergänzung des institutionellen Angebote. Pflegende Angehörige verdienen die gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung ihrer aufopfernden Tätigkeit. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Pflegenden Angehörigen sollten im Prinzip die gleichen Rechte wie kinderbetreuenden Eltern eingeräumt werden. Insbesondere das Arbeitsrecht ist daraufhin zu überprüfen.

3. Den Wandel des Arbeitsmarktes fördern und begleiten

Arbeitgeber werden sich darauf einstellen müssen, dass der Anteil älterer Arbeitnehmer in den nächsten Jahren erheblich ansteigen wird – sowohl wegen der veränderten Alterstruktur unter dem heutigen Renteneintrittsalter als auch wegen der künftigen Erhöhung des Renteneintrittsalters. Und sie müssen sich darauf einstellen, dass sie nicht mehr so viele qualifizierte Nachwuchskräfte wie bisher rekrutieren können. Die Arbeitgeber werden es sich nicht mehr leisten können, auf das Potential älterer Arbeitnehmer zu verzichten. Diesen Anpassungsprozess muss die Politik mit einem Bündel bildungspolitischer, arbeitsrechtlicher, arbeitsmarktpolitischer und steuerlicher Instrumente begleiten. Die Ziele dieser Politik sind:

Die Integration älterer Erwerbstätiger

- Die Veränderung von Einstellungen der Arbeitgeber gegenüber älteren Arbeitnehmern
- Die Erleichterung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer
- Die vorausschauende Qualifizierung und der Erhalt von „Employability“
- Die altersgerechte Anpassung von Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Anforderungen
- Die Förderung selbständiger Tätigkeit älterer Erwerbstätiger auch auf kooperativer Basis

Die Integration junger Menschen in den Beruf

- Die Erleichterung der Beschäftigung wenig qualifizierter Nachwuchskräfte
- Der Vorzug der beruflichen Integration junger Menschen vor Übergangslösungen des öffentlichen Bildungssystems und des zweiten Arbeitsmarktes.

4. Immigration und Integration gezielt fördern

Immigration als Chance und Verpflichtung verstehen: Die im Vergleich zur autochthonen deutschen Bevölkerung erfreulich hohe Geburtenziffer der Immigrantengeneration bietet die Chance zur Abmilderung des allgemeinen Bevölkerungsrückganges. Daraus ergibt sich aber auch die Verpflichtung, dieser nachwachsenden Immigrantengeneration mit besonderen Integrationsanstrengungen entgegen zu kommen. Das betrifft die vielfache Benachteiligung durch Sprache, ethnische Abgrenzung und soziale Lage.

Integration als Investition in unsere Zukunft verstehen: Integrationsanstrengungen sind eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir können es uns nicht leisten, auf die Immigranten als integrierte Leistungsträger unserer Gesellschaft zu verzichten. Die sozialen Kosten einer nichtintegrierten und nichtqualifizierten Unterschicht von Immigranten können wir uns als alternde Gesellschaft mit schwindendem Nachwuchs schon gar nicht leisten.

Die Leitlinien einer demografisch orientierten, liberalen Integrationspolitik sind:

Integration fördern und fordern:

- Die Beachtung der kulturellen und ethnischen Identität der Immigranten, die wir als Bereicherung unserer Gesellschaft ansehen und ohne die eine Integration nicht zumutbar ist
- Die Akzeptanz des Rechtsstaates und unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung durch die Immigranten. Offenheit und Toleranz sind nur innerhalb dieses Rahmens möglich.
- Die Beherrschung der deutschen Sprache als wichtigste Integrationsvoraussetzung
- Die Offenheit und Durchlässigkeit unseres Bildungssystems mit besonderer Förderung für Immigranten zum Ausgleich von Benachteiligungen
- Die Förderung der beruflichen Qualifikation und Integration und der Chancengerechtigkeit
- Die Bereitschaft, für die Integration der Immigranten Anstrengungen als Investition in die Zukunft dieser Menschen und in die Zukunft unseres Landes zu unternehmen
- Das Angebot zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, der Staatsbürgerschaft eines Landes mit großen kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen, das sich auch der dunklen Seiten seiner Geschichte bewusst ist, eines freiheitlichen Rechts- und Sozialstaats, der in die Völkergemeinschaft des friedlich geeinten Europa integriert ist.

Immigration im Interesse Deutschlands steuern:

- Die Förderung wirtschaftlich erwünschter und kulturell verträglicher Immigration zur

Abmilderung demografischer Defizite

- Die weitere Öffnung für Immigranten mit besonderen Qualifikationen von außerhalb der Europäischen Union zur Bekämpfung des Fachkräftemangels
- Die Werbung von qualifiziertem Nachwuchs aus Ländern der Europäischen Union mit schwierigen Arbeitsmärkten, auch als Beitrag zur europäischen Integration
- Eingliederungshilfen für Immigranten als Investition in die Erwerbsbevölkerung
- Zurückhaltung bei der Immigration absehbarer Sozialfälle
- Öffnung der legalen Erwerbsarbeit für hier legal lebende Flüchtlinge und Asylanten

5. Die regionalen Entwicklungen vorausschauend aufnehmen

Regionale Unterschiede zwischen Ost und West anerkennen: Für die neuen Bundesländer (ohne Berlin) wird bis 2035 eine Fortsetzung des Bevölkerungsrückganges um 2 Mio. erwartet. Auf dem Gebiet der DDR (ohne Berlin) wird dann die Bevölkerung nur dreiviertel so groß wie 1989 sein. Für die alten Bundesländer wird bis 2035 ein Bevölkerungsrückgang um 4 Mio. erwartet, und die Bevölkerung den Stand von 1989 erreichen. Für einige Ballungsräume mit entsprechendem Arbeitsplatzangebot in Nord- und in Süddeutschland wird sogar eine vorübergehende Zunahme oder eine langfristige Konstanz erwartet.

Gleichheit der Lebensverhältnisse bedeutet differenziertes Vorgehen: Das Verfassungsgebot der Gleichheit der Lebensverhältnisse bedeutet nicht die Einebnung der Unterschiede zwischen Metropolen und ländlichen Räumen. Auch kann sich niemand der langfristigen regionalen Marktentwicklung entgegenstemmen. Gleichheit der Lebensverhältnisse bedeutet ein prinzipiell gleiches Angebot an öffentlicher Infrastruktur, das nach den unterschiedlichen räumlichen und demografischen Verhältnissen differenziert ist. Liberale Regionalpolitik muss die Entwicklung vorausschauend aufnehmen und ihr die öffentliche Infrastruktur sowie die Raumordnungs- und Bbauungsplanung anpassen, nämlich durch

Lokale Konzentration und regionale Differenzierung:

- Die Konzentration öffentlicher, insbesondere kommunaler Infrastruktur sowie kommunale Kooperationen, um in ausgedünnten Gebieten das Angebot aufrecht zu erhalten
- Die Förderung der Siedlungskonzentration in entleerten Gebieten mit Anreizen für die Einwohner im Zusammenwirken von Land, Gemeinden, Vermietern und Bürgerbeteiligung
- Die im Föderalismus vorgesehene Differenzierung des Angebots an Bildung oder Altenbetreuung nach den veränderten regionalen Verhältnissen
- Die wieder verstärkte Anpassung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland an die wirtschaftlich bedingten Mobilitätsbedürfnisse
- Die Überprüfung von Regionalförderung im Hinblick auf die Zukunftschancen
- Die Anpassung der Wohnungsbauplanung an die vorhersehbar regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung als kommunale Aufgabe
- Die gezielte Beeinflussung des Wohnungsbaus im Sinne lokal differenzierter Bedürfnisse von Familien mit Kindern, Single-Haushalten oder alten Menschen. Insbesondere dem Bau altengerechter Wohnungen muss eine viel größere Bedeutung beigemessen werden.

Beitrag zum Grundsatzprogramm:

Die demografischen Herausforderungen annehmen

Die größten demografischen Herausforderungen unserer Zeit sind:

- Die Belastung der Sozialsysteme durch die erhöhte Alterslastquote
- Die Anforderungen an die Altersgerechtigkeit der Gesellschaft
- Die Alterung der Erwerbsbevölkerung und die Veränderung des Arbeitsmarktes
- Die Integration der Immigrantenbevölkerung mit deren höherer Geburtenziffer
- Die Entleerung von Regionen insbesondere in den neuen Bundesländern

Die liberalen Antworten auf diese demografischen Herausforderungen sind:

1. Die Sozialsysteme sind nur durch mehr Beschäftigung zu sichern. Das ist ein Gebot des sozialen Friedens und der Sicherung unseres Wohlstandes. Das heißt:
 - Die Lebensarbeitszeit kann und muss auf Grundlage eines freiwilligen Arrangements zwischen Arbeitnehmer und -geber ausgedehnt werden, auch im Sinne einer eigen-verantwortlichen Lebensgestaltung im Alter.
 - Die Stellung der Frauen im Arbeitsleben muss gestärkt und ihre Erwerbsbeteiligung erhöht werden. Wir kämpfen für die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf.
 - Die Erziehung der Kinder und Jugendlichen der nächsten Generation muss auch weiterhin hauptverantwortlich in der Familie liegen. Wo diese Strukturen Defizite aufweisen, muss die Gesellschaft umfangreiche Auffangmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Als alternde Gesellschaft sind wir darauf angewiesen, das Potential jedes Einzelnen auszuschöpfen.
2. Die Altersgerechtigkeit der Gesellschaft wird am besten durch möglichst hohe Altersein-kommen gesichert. Durch eigene kaufkräftige Nachfrage können sich alte Menschen Einfluss und Kontrolle sichern. Liberale Politik lässt alten Menschen eher die Verfügung über ihre Einkommen als ihnen öffentlich finanzierte Angebote vorzugeben.
3. Wir werden es uns nicht mehr leisten können, auf das Potential älterer Erwerbstätiger zu verzichten, denn sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Wir fördern sowohl die berufliche Integration älterer Erwerbstätiger als auch die vorrangige berufliche Integration gering qualifizierter junger Nachwuchskräfte.
4. Immigration bietet die Chance zur Abmilderung demografischer Defizite. Das birgt aber auch die Verpflichtung, besondere Integrationsanstrengungen vorzunehmen. Integration ist eine Investition in die Zukunft der Menschen und in die Zukunft unseres Landes. Wir wollen Integration fördern, aber wir fordern sie auch. Deutschland muss gezielt Anreize setzen, um qualifizierte Menschen in unser Land zu bringen
5. Die regionalen Wirkungen des Bevölkerungsrückganges werden sich im Osten stärker als im Westen auswirken. Das Verfassungsgebot der Gleichheit der Lebensverhältnisse muss regional differenziert angewendet werden. Die Konzentration und Anpassung öffentlicher Infrastruktur wird unvermeidlich sein, um das Angebot aufrecht zu erhalten. Bauplanung muss sich an demografischen Entwicklungen und besonders am Altersbedarf orientieren.

